



Institutionelle Übergriffe auf unsere Kinder

Dr. Andrea Christidis
MWGFD

Hinweis: Quellen zu diesem Referat erscheinen (wo vorhanden) als Sprechblasen an der oberen linken Ecke der jeweiligen Folie. Mauszeiger darüber macht sie lesbar, nach Doppelklick lässt der Inhalt kopieren. (Beispiel: s.o.)



Institutionelle Übergriffe auf unsere Kinder



© MWGFD | Dr.* Andrea Christidis • 2023

- Olaf Scholz (Zitat): „*Wir wollen die Lufthoheit über den Kinderbetten erobern*“ (2002)
- Institutionelle Lufthoheit während Corona-Maßnahmen
- In Kindergarten und Schule:
Masken-, Desinfektions-, Abstands-, Testzwang

- Staatlich auferlegte Verantwortungsumkehr auf Kinder
 - Kinder „gefährden“ Großeltern, Eltern, Lehrer
 - Psychische Belastung:
 - Angstinduktion
 - Parentifizierung
 - Schuldauferlegung
 - Soziale Isolierung
- ⇒ Verdoppelung des Psychotherapie-Bedarfs für Kinder

Folgen der Covid-Maßnahmen:

- Angst- und Zwangsstörungen
- Depressionen
- Verhaltensstörungen
- Psychosomatische Symptome
- Suizide
- Immunsuppression
- Vermehrte Infektionen
- Ausufernde Bildungslücken
- Ansteigende Bildungsungleichheit



Institutionelle Übergriffe auf unsere Kinder



© MWGFD | Dr.* Andrea Christidis • 2023

- Mehr als 35.000 sog. Inobhutnahmen jährlich

- Anzahl „Inobhutnahmen“ = Anzahl betroffener Familien!
 - 2015: 77.645

 - 2016: 84.230

 - ⋮
 - [Rückgang der Zahlen bis 2020]

 - ⋮
 - 2021: 47.500

 - 2022: 66.444

- Inobhutnahmen führen Kinder
 - in privatisierte Heime (⇒ bis 12.000 €/Mon.)
 - zu interessierten Pflegeeltern (⇒ ab 800 €/Mon.)
 - an interessierte Adoptiveltern (⇐ ab 30.000 € einmalig)(Kosten belasten Eltern – oder später das volljährige Kind)

- Häufigste Begründung: Überforderung der Eltern festgestellt durch:
 - „anonyme Meldungen“ an Jugendamt
 - „Gefährdungsmeldungen“ von Schulen, Kindergärten, Ärzten und Kliniken nach Streit mit Kindeseltern (Maske, Impfung...)
 - Annahme eines „Hilfeplans“ des Jugendamts durch Eltern (oft mit gefälschter Unterschrift)



- Bei Gegenwehr der Eltern bestellen Familienrichter
 - Berichte von:
 - Jugendamt
 - Verfahrensbeiständen
 - Umgangsbegleitern
 - Ergänzungspflegern
 - Gefälligkeitsgutachten zugunsten des Jugendamts
 - keine von Eltern benannten Zeugen

- Richterlicher Schutz für Institutionen z.B. durch unterlassene oder falsche Protokollierung

- Straftaten im Amt werden von Ermittlungs- und Justizbehörden vertuscht

Aktuelle Literatur:

- PD Dr. Wilhelm Körner /
Prof. Dr. Georg Hörmann (Hrsg.):
„Staatliche Kindeswohlgefährdung?“
Beltz Juventa 2019
- PD Dr. Wilhelm Körner /
Prof. Dr. Georg Hörmann (Hrsg.):
**„Familienrechtliche Gutachten
und Verfahren auf dem Prüfstand“**
LIT Verlag 2023



- Datenschutzvergehen und falsche Angaben durch
 - Jugendamt
 - Verfahrensbeistand
 - Umgangsbegleiter
 - Ergänzungspfleger
 - Gutachter
 - Rechtsanwälte
 - Eltern

werden strafrechtlich nicht verfolgt

1. Fallbeispiel: Unterschriftsfälschung zur
2. Fremdunterbringung eines unehelichen Kindes auf „Antrag“ der Mutter
3. Fallbeispiel: Unterschriftsfälschung zur Fremdunterbringung eines unehelichen Kindes auf angeblichen „Antrag“ der Mutter

Institutionelle Übergriffe auf unsere Kinder



© MWGFD | Dr.* Andrea Christidis • 2023

Unterschrift
auf der
Vaterschaftsurkunde

Sabrina Lück
Sabrina Lück

Unterschrift
auf dem
Hilfeplan

Unterschrift auf
dem Antrag zur
Fremdunterbringung

Institutionelle Übergriffe auf unsere Kinder



© MWGFD | Dr.* Andrea Christidis • 2023

Nach Strafanzeige wegen Unterschriftsfälschung zur Kindesentziehung ist StA Bause redlich bemüht:

„Die Ermittlungen [...] haben keine hinreichenden Anhaltspunkte für die Täterschaft einer bestimmten Person oder auch nur eines bestimmten Täterkreises ergeben.“

Staatsanwaltschaft Gießen

HESSEN

Präsident: Staatsminister - 10390 Gießen

Aktenzeichen: 303 UJs 53305/13

Frau
Sabrina Blume
Rheingasse 18
35469 Allendorf

Beauftragte: Null
Durchwahl: 3216
Fax: 3205
E-Mail:
Ihre Zeichen:
Ihre Nachricht:
Datum: 28.11.2013

Das Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt
wegen Urkundenfälschung
begangen im Jahr 2010
zum Nachteil der Frau Sabrina Blume
wird eingestellt (§ 170 Abs. 2 Strafprozessordnung).

Gründe:
Alle nach Lage der Sache gegebenen Möglichkeiten, den Täter zu ermitteln, sind ausgeschöpft worden. Die Ermittlungen sind jedoch bisher ergebnislos verlaufen. Sie haben **keine hinreichenden Anhaltspunkte für die Täterschaft einer bestimmten Person oder auch nur eines bestimmten Täterkreises ergeben.**

Weitere Nachforschungen erscheinen gegenwärtig aussichtslos. Die Strafverfolgungsbehörden werden die Angelegenheit im Auge behalten.

Sollten sich neue Gesichtspunkte ergeben, die zur Aufklärung der Sache beitragen könnten, werden die Ermittlungen wieder aufgenommen. Auch der Anzeiger wird gebeten, Nachricht zu geben, sobald ihm Hinweise bekannt werden sollten.

Bause, Staatsanwalt

Beauftragt

Märburger Straße 2 Telefon: (0641) 934 - 0
35390 Gießen Telefax: (0641) 934 - 3302

Die Einreichung elektronischer Dokumente ist in den zugelassenen Verfahren möglich, siehe www.sta-giessen.jus2.hessen.de

- Keine parlamentarische Kontrolle
- Nicht-Öffentliche Verfahren
- Beschlüsse / Protokolle / Akten unter Verschluss
- Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft verweigert Ermittlungen
- Keine Abwehrrechte der Bürger gegen den Staat
- Verfolgung Unschuldiger / Aufklärer

Fallbeispiel: Falsche Protokolle zur Entsorgung eines Vaters

Beschluss des Familiengerichts Frankfurt / M. vom 08.02.2023 (Az.: 454 F 3108/22 EAUG):

Familienrichterin Zimmermann verweigert Berichtigung des Protokolls vom 08.11.2022, weil eine Äußerung, dass Magnus (13) „in die geschlossene [...] Psychiatrie komme, wenn er nochmal zu seinem Vater laufen werde [...] so von der Ergänzungspflegerin nicht getätigt worden“ sei.

Amtsgericht Frankfurt am Main
- Familiengericht -
454 F 3108/22 EAUG

08.02.2023

Beschluss

In der Kindschaftssache
betreffend den Umgang mit Magnus [REDACTED]

Beteiligte:

1. Magnus [REDACTED]
geboren am [REDACTED]
wohnhaft Waldhohlweg 3, 61184 Karben
2. Yvonne Vekony,
Kapitän-Flemming-Straße 19, 63263 Neu-Isenburg
- Verfahrensbeistand -
3. Monica [REDACTED]
geboren am [REDACTED]
wohnhaft [REDACTED]
- Antragstellerin -

Verfahrensbevollmächtigter:
Rechtsanwalt [REDACTED]
Gerichtsfach: [REDACTED]

4. [REDACTED]
geboren am [REDACTED]
wohnhaft [REDACTED]
- Antragsgegner -

Verfahrensbevollmächtigter:
Rechtsanwalt Manfred Müller, Alsfelder Straße 47, 35305 Grünberg
Geschäftszeichen: Ispas Ehel.-Umgang - (22/0)

5. Wetteraukreis - Der Kreisausschuss - Jugend und Soziales Amtsvormundschaft und Beistandschaft,
Europaplatz, 61169 Friedberg (Hessen)
Geschäftszeichen: 3.2.4 AV / JB [REDACTED]
- Pflegerin -
6. Wetteraukreis, Der Kreisausschuss, Fachbereich Jugend und Soziales, Fachdienst Jugendhilfe Fachstelle 3.2.1 Allgemeiner Sozialer Dienst West,
Europaplatz 1, 61169 Friedberg (Hessen)

hat das Amtsgericht - Familiengericht - Frankfurt am Main durch die Richterin am Amtsgericht Zimmermann am 08.02.2023 beschlossen:

Richterin Zimmermann hatte die Meldung selbst auf Band gesprochen. Zugleich hatten Unbekannte die ganze Verhandlung aufgezeichnet; da sagt Ergänzungspflegerin Behrend-Freimuth:

„Magnus hat sich in der Vergangenheit immer unangenehmen Situationen mit der Mutter entzogen und ist dann zum Vater. [...] Dann habe ich natürlich, ganz klar zu ihm gesagt, [...] wenn die Situation bei der Mama im Haushalt nicht funktioniert [...] werde ich ihn stationär unterbringen. [...]“

Nach Erhalt der transkribierten Aufzeichnung schreibt die Richterin : *„Das Gericht weist darauf hin, dass Tonmitschnitte der Sitzungen verboten sind und daher beabsichtigt ist, die Akte der Staatsanwaltschaft zur strafrechtlichen Verfolgung zuzuleiten.“*

- Physische, Psychische und Sexuelle Gewalt, Folter und Morde unter der Aufsicht und unter Vertuschung deutscher Behörden gibt es nicht nur im sozialen Nahfeld.
- Pädokriminelle unterwandern systematisch Institutionen, die mit Kindern arbeiten oder sie betreuen.
- Der pädokriminelle „Reformpädagoge“ Prof. Dr. Helmut Kentler empfahl in seinen „wissenschaftlichen“ Schriften die Unterbringung straffälliger Jungen bei Päderasten.
- Deutsche Jugendämter vermittelten drei Jahrzehnte lang Kinder an **vorbestrafte** Päderasten.

In der Hildesheimer (Kentler-) Studie heißt es auszugsweise:
„Es ist ein Netzwerk quer durch die wissenschaftlichen pädagogischen Einrichtungen“.

Keiner der Jugendamtsmitarbeiter sei zur Verantwortung gezogen worden, im Gegenteil, sie hätten gar Karriere als Leiter von Jugendämtern gemacht.

- Vernetzungen habe es gegeben mit
 - dem „Pädagogischen Seminar Göttingen“,
 - dem „Max-Planck-Institut für Bildungsforschung“,
 - der „Freien Universität Berlin“ und
 - der „Odenwald Schule in Hessen“

- Helmut Kentlers Thesen, Kinder möglichst früh an die Sexualität heranzuführen, sollen nunmehr gesellschaftsfähig und damit entkriminalisiert werden
- In der Hildesheimer Studie zum Treiben des Pädagogik Professors Kentler heißt es weiter:

„Die bisherigen Hinweise verdichten sich, dass es sich bei diesen Pflegestellen um alleinlebende, mitunter mächtige Männer aus Wissenschaft, Forschungseinrichtungen und anderen pädagogischen Kontexten gehandelt hat, die pädophile Positionen auch gelebt haben.“

Institutionelle Übergriffe auf unsere Kinder



© MWGFD | Dr.* Andrea Christidis • 2023

- Sylvia Wagner:
„Arzneimittelversuche an Heimkindern zwischen 1949 und 1975“
Mabuse-Verlag 2020
- Sylvia Wagner (Tatsachenroman):
„Heimgesperrt“
www.correctiv.org 2023



* Bundelkhand University

2002-2013: Freiheitsentzug, Folter und sexuelle Gewalt an Kindern ab 12 Jahren in den Kinder- und Jugendheimen der **Haasenburg** GmbH in Norddeutschland

- Heimbetreiber: **Christian Diez** (vormals Haase)
- Pressesprecher des Heimes: **Hinrich Bernzen** (SPD)
- Verantwortlicher
 - Gutachter zur Genehmigung des geschlossenen Heimes
 - Preisverhandler für die Pflegesätze mit Jugendämtern
 - Vorsitzender der Kontrollkommission
 - Anwalt des Heimes und
 - Obmann für die Jugendlichen:

Prof. Dr. Christian Bernzen (SPD), Fachanwalt für Kinder- und Jugendhilferecht, Bruder von Hinrich Bernzen

- 2012: Bildung einer Besuchskommission des Landes Brandenburg, für die drei Standorte von Haasenburg – Vorsitzender: Psychiater **Wolfram Kinze** (CDU), früherer Chefarzt in der Kinder- und Jugendpsychiatrie des Asklepios Fachklinikums Lübben, damals Vorgesetzter von **Christian Diez** (vormals Haase)

Die Kommission schrieb in ihrem Abschlussbericht, dass die Befragung „*keine Kritikpunkte ergeben*“ hätte.

- Begünstigung durch Filz in der SPD Hamburg – damaliger Vorsitzender: Olaf Scholz
(2002: „*Lufthoheit über den Kinderbetten*“)

Außerdem bekannt geworden über die Haasenburg:

- Heimkind erstattete Strafanzeige wegen sexuellen Missbrauchs gegen Betreuer. Wenig später war es durch einen fraglichen Sprung aus dem Fenster tot.
- Mädchen wurde an der Schranktür erhängt aufgefunden.
- Physiotherapeutin-Beschwerde beim Landesjugendamt:
Drei Mädchen mit Knochenbrüchen (Ursache: unbekannt)
Die Kinder wurden mit Fixiergurten, auch für Kopf und Oberschenkel, „behandelt“.
- Auch nach der Schließung der Haasenburg (2013):
keine ernsthaften Untersuchungen der Missstände
- Über 70 Strafverfahren gegen Verantwortliche eingestellt:
(Deutsche Staatsanwaltschaften sind weisungsgebunden)

- Haasenburg-Akten seit Schließung unter Verschluss, sie werden nach 10 Jahren geschreddert: Dezember 2023!
- Zuständig für die Herausgabe der Akten (bis vor kurzem): Britta Ernst, Ehefrau von Olaf Scholz, Brandenburgs Bildungsministerin, kürzlich zurückgetreten.
(Das Schreddern werden andere verantworten.)
- Erkenntnisse:
 - In geschlossenen Heimen werden Kinder nicht geschützt. Sie erleiden Knochenbrüche, Traumata und sogar Tod.
 - Heimkinder haben keine Lobby, sie genießen nicht einmal Glaubwürdigkeit, Gesetze scheinen für sie nicht zu gelten.
 - Denaturalisierung der Familie und Eroberung der „*Lufthoheit über den Kinderbetten*“ gelingt problemlos:
 - danach schützt der Staat sich selbst, nicht die Kinder

- Tatort Campingplatz Lügde (NRW): Jugendamt nahm Kind von seiner Mutter weg, weil sie eine verpflichtende Vorsorgeuntersuchung verpasst hatte und gab es als Pflegekind an alleinstehenden, arbeitslosen Pädokriminellen
- Sexuelle Gewalt in mehr als 1.000 Fällen, Produktion von ca. 880 kinderpornografischen Bildern und Videos.
- Die Polizei leitete Erkenntnisse weiter ans Jugendamt, das aber nichts unternahm.
- Das Jugendamt Hameln verweigerte die Herausgabe der Akten.
- 155 sichergestellte CDs und DVDs verschwanden aus dem Asservatenraum der Polizei Lippe. Mehrere Polizei-Mitarbeiter wurden versetzt oder suspendiert.

- Auch hier besteht der Verdacht, dass Kentlers Thesen noch immer greifen.
- „Original Play“ heißt ein sog. Pädagogisches Konzept, nachdem erwachsene Männer gegen eine Gebühr in KiTas kommen können, um mit kleinen Kindern zu „spielen“. Die Eltern wissen von nichts. Es kam zu Anzeigen wegen Vergewaltigung und sexuellem Missbrauch.
- Kinderheim St. Josef in Wunsiedel - Die 10-jährige Lena wurde vergewaltigt und getötet
- Jugendamt verweist auf Gerichtsbeschluss
- Jugendämter sind an familiengerichtliche Beschlüsse nicht gebunden, lediglich an jene von Verwaltungsgerichten

- Sexuelle Gewalt in SOS-Kinderdörfern in 20 Ländern
- Der veröffentlichte Bericht einer Sonderkommission *„dokumentiert unter anderem zahlreiche Fälle von Kinderschwangerschaften, die insbesondere auf Vergewaltigungen zurückzuführen seien. Mächtigen Spendern sei der Zugang zu den Kindern ermöglicht worden. Mädchen seien zu Zwangsabtreibungen gedrängt worden, ohne dass die Zustimmung der Familien nachgewiesen worden sei“.*
- Die Untersuchungen im Fall der SOS-Kinderdörfer berichteten über Ereignisse bis 2021. Es handelt sich um pädokriminelle Straftaten an über 160 Kindern

- Korruptionsanfällige Strukturen im „Jugendhilfe und Familienrechts“-System
- 1933 sind Jugendämter den Bürgermeistern oder Landräten untergeordnet worden, um 1939 die politisch gesteuerte Kontrolle der Kindererziehung zu übernehmen. Es gab lediglich eine Unterbrechung zwischen 1947 bis 1953 (Innenministerium)
- Jugendämter bestehen aus der Jugendverwaltung und dem Jugendhilfeausschuss
- Seit 1961 gibt es das JWG, das die Position der freien Träger stärkte
- 1991 wurde in der Berliner Republik das KJHG eingeführt. Jugendamt wurde dienstleistungsorientiert umgebaut. Hilfsangebote sollen **privatisiert** von freien Trägern erbracht werden.



Institutionelle Übergriffe auf unsere Kinder



© MWGFD | Dr.* Andrea Christidis • 2023

- Jugendhilfeausschuss soll Angebote fördern und planen
- Ihm gehören Mitglieder des Kreis- oder Stadtrates an sowie Personen anerkannter Träger der freien Jugendhilfe
- Die Verwaltung des Jugendamts führt die Geschäfte der laufenden Verwaltung
- Die Rechtsaufsicht obliegt dem Regierungspräsidium oder bei einem Landesministerium
- Die Fachaufsicht obliegt dem Bürgermeister oder Landrat

- Politiker im Jugendhilfeausschuss sind oft gleichzeitig im Vorstand freier Träger und stimmen praktisch im JHA über ihr eigenes Budget ab
- Heinz Buschkowsky, ehem. Bürgermeister von Neukölln: *„(...) die Ermittlung, was überhaupt los ist und was getan werden sollte, übernimmt nicht das Jugendamt, sondern ein freier Träger. Also einer derjenigen, der hinterher die Maßnahmen durchführt und das Geld dafür erhält, empfiehlt, was geschehen soll. Er bekommt zwar nicht den konkreten Fall, den erhält immer ein anderer. Aber beim nächsten Fall geht es andersherum. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Träger sich das Geld selbst bewilligen“.*



Institutionelle Übergriffe auf unsere Kinder



© MWGFD | Dr.* Andrea Christidis • 2023

- Jugenddezernenten, die für die Verteilung der Gelder an die jeweiligen freien Träger, also die Nutznießer, zuständig sind, ergattern sich oft nach ihrer Amtsaufgabe einen gut bezahlten Job bei einem freien Träger

- Im Jahr 2005 wurde § 8a SGB VIII eingefügt, der den Eltern die Beweislast auferlegt, dass sie keine Gefährdung für ihre Kinder sind = Umkehr der Beweislast. Jugendamt forciert Schutzauftrag von den Eltern
- 01.09.2009 reformiertes FamFG tritt in Kraft. Familiengerichtliche Entscheidungen gelten seither nicht mehr als Urteile sondern als Beschlüsse.
- Bei der Verkündung eines Beschlusses muss die Öffentlichkeit nicht zugelassen werden, was dazu führt, dass Familiensachen unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt werden



- Psychologische und Psychiatrische Gutachten im Familienrecht
- Für Gutachten gibt es keine rechtlich verbindlichen Mindestanforderungen, sondern nur Empfehlungen
- Sog. Beweisfragen an Gutachter enthalten oft ausschließlich be- und unbestimmte Rechtsfragen (Erziehungsfähigkeit, Bindungstoleranz, Kindeswohl, Kindeswohlgefährdung, Hilfen zur Erziehung, etc.)
- Übertragung hoheitlicher Befugnisse

- Es gibt keine wissenschaftlich operationalisierbaren Konstrukte zur Untersuchung von:
- Erziehungsfähigkeit
- Bindungstoleranz
- Kindeswohl- und Kindeswohlgefährdung – Vorsicht: Beweislastumkehr!
- Unterstützungsbedarf für Eltern

- Das Konstrukt „Bindung“ ist umstritten und ist nicht lediglich mit Interaktionsbeobachtungen und ungeeigneten Tests eruierbar.
- Die Diagnostik einer Bindungsstörung oder überhaupt einer psychischen Störung erfordert vorausgehende interdisziplinärer Ausschlussdiagnostik sowie umfassende klinische und testdiagnostische Untersuchungen, was in familiengerichtlichen Gutachten fast immer unterbleibt.



Institutionelle Übergriffe auf unsere Kinder



© MWGFD | Dr.* Andrea Christidis • 2023

- Internationaler Kinderhandel
- Hillary und Bill Clinton haben allergrößtes Interesse daran, dass Julian Assange hinter Schloss und Riegel bleibt.
- Die Wikileaks Enthüllung besagt: „Verurteilter Kindesentführer wurde dabei erwischt, wie er mit den Clintons in Haiti Kinder stiehlt“.